

In der Entschließung des II. Plenums wird gesagt: „Nachdem der deutsche Imperialismus die Wiedervereinigung abgeschrieben hat, versucht er systematisch die Wirtschaft der DDR zu stören. Angesichts dieser Störmaßnahmen besteht die erste Aufgabe darin, die DDR in jedem Falle gegen die Willkür der Bonner Regierung und des westdeutschen Rüstungskapitals zu sichern“⁴

Das ist die Schlacht in der Sphäre der materiellen Produktion, die wir zu schlagen haben. Das ist die Schlacht, die heute schon geschlagen wird, indem unsere Arbeiter in den Stahl- und Walzwerken mehr und besseren Stahl produzieren, indem unsere Kumpel in den Gruben mehr Braunkohle fördern, indem Arbeiter, Techniker, Ingenieure neue Maschinen und Aggregate entwickeln und herstellen.

Ökonomie und Politik

Was aber haben alle diese Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet mit unserer Politik, mit ganz bestimmten politischen Forderungen zu tun?

Diese Schlacht in der Sphäre der materiellen Produktion, diese Sicherung unserer Wirtschaft gegen jeden Störversuch aus Westdeutschland — das ist gleichbedeutend damit, daß unsere Wirtschaft weiter erstarkt. Erstarkt aber unsere Wirtschaft, so wirkt das in zweierlei Richtungen: einmal nach innen, wir produzieren mehr, wir werden reicher — zum anderen nach außen, wir zeigen unsere Über-

legenheit, die Überlegenheit der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft. Das wiederum wirkt auf die Menschen, auf die Menschen in der Republik und auch in Westdeutschland. Ihre Einstellung zu unserem Staat verändert sich. Die Front der Kräfte wird größer, die die Politik des sozialistischen Staates als richtig anerkennt, d. h., es wächst die Kraft, die entscheidende politische Forderungen wirklich machtvoll unterstützen kann. Solche politischen Forderungen sind unter anderem der Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung der Westberlin-Frage.

Indem die Partei so die Prinzipien der Moskauer Erklärung auf unsere Bedingungen anwendet, gibt sie Antwort auf all die Fragen, die unsere Menschen bewegen. Das trifft auf Einzelfragen genauso wie auf das große Problem der Perspektive ganz Deutschlands zu.

★

Die Diskussion in diesem Rahmen ließ die Genossen der Parteigruppe der Brigade „V. FDGB-Kongreß“ einige Fragen der Moskauer Erklärung klarer sehen und den Zusammenhang zur Deutschlandfrage besser erkennen. In jedem Falle erkannten sie die gewaltige Bedeutung der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie betrachten sie heute als den Hebel, der bei richtiger und überlegter Anwendung größere Erfolge in der Arbeit* garantiert. M. G.

Wer Menschen überzeugen will, mufj den Weg zu ihnen lindern

Von bürokratischem Verhalten im Staatsapparat und der tatkräftigen Arbeit eines Wirkungsbereichsausschusses

Unser Wirkungsbereichsausschuß 12 im Berliner Stadtbezirk Treptow kam am 10. Januar 1961 zusammen, um darüber zu beraten, wie mit den Moskauer Dokumenten, das heißt der Erklärung und dem Appell an alle Völker, im Wirkungsbereich zu arbeiten sei. Die Genossen traten mit dem richtigen Vorschlag auf, in Verbindung mit der bevorstehenden Listensammlung der Nationalen Front in Hausversammlungen und Einzelgesprächen den Inhalt und die große Bedeutung der Moskauer Erklärung allen Einwohnern nahezubringen und auch für das Jahr 1961 eine gute Aktivität im NAW zu erreichen.

Die Aussprache erbrachte jedoch nicht das gewünschte Resultat. Listensammlung, das ja, aber Hausversammlungen und Organisierung neuer NAW-Verpflichtungen — darüber konnte im Ausschuß keine rechte Einigung erzielt werden. Für die Genossen war es klar, daß man sich damit nicht abfinden kann.

Sie fragten sich, ob sie etwas falsch gemacht oder in der Arbeit mit den Menschen etwas übersehen hätten. Sie sagten sich aber auch: Das kann nicht sein. Wir haben in den vergangenen Jahren gute Resultate in der Arbeit in unserem Wirkungsbereich erzielt. Zusammen mit den Genossen der Wohn-